

Bad Mergentheim, den 18.10.2021

## Pressebericht

Bericht vom Liberalen Forum am Mittwoch, 13.10.2021 im Hotel Savoy

### Vortrag von Hans Bauer „was bedeutet liberale soziale Marktwirtschaft?“

Anna Hansen-Peter – Vorsitzende des FDP-Ortsverbandes - konnte erneut eine beachtliche Zuhörerschaft begrüßen, wobei sie vor allem erfreut war, dass darunter viele junge Menschen waren, die im Lauf des letzten Jahres den Weg in die FDP gefunden haben.

Umfragen zufolge haben ca. 25% der jungen Wähler bei der letzten Bundestagswahl die FDP gewählt. Es scheint also nicht so zu sein wie oft gehört, dass diese Wählergruppe vorwiegend „grün“ gewählt hat.

Bei der kurzen Diskussion darüber kam man zu dem Ergebnis, dass diese Jungwähler der Überzeugung sind, dass nur auf der Basis einer starken Wirtschaft die anstehenden Probleme, darunter auch der Umweltschutz, zu lösen sind.

Mit dieser Feststellung leitete Anne Hansen-Peter direkt auf den Vortrag von Hans Bauer über, der mit dem Hinweis auf die Freiburger Thesen, das Parteiprogramm der FDP von 1971 zeigte, dass die FDP mit diesem Programm schon damals alle derzeit anstehenden Themen, mit Ausnahme der Digitalisierung, die es damals noch nicht gab, bereits angesprochen hat.

Mit den Freiburger Thesen von 1971 hat die FDP als erste Partei ein gesellschaftspolitisches Programm vorgelegt, welches Reformvorstellungen für die Mitbestimmung, die Vermögensbildung und das Bodenrecht formulierte. Erstmals wurde der damals in der Politik völlig neue Begriff des Umweltschutzes in ein Parteiprogramm eingeführt. Etwas spitzfindig meinte Bauer, die Umwelt kann man schützen und negative Umwelteinflüsse begrenzen, das Klima dagegen nicht.

Ziel einer liberalen sozialen Marktwirtschaft ist es, die Belange der sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen in Einklang zu bringen. Die Entwicklungswünsche der Menschen als auch der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen muss ausbalanciert werden. Eine der Lösungen in den „Freiburger Thesen“ war, damals völlig neu, nämlich die Orientierung am Verursacherprinzip: „Die Kosten des Umweltschutzes sind Kosten der Produktion.“

Heute würden wir von ökologischer Ordnungspolitik sprechen, die private wie unternehmerische Freiheit achtet.

Im Gegensatz zu sozialistischen Wirtschaftsverfassungen sind die Mechanismen „Markt“ und „Wettbewerb“ die Hauptsäulen der Marktwirtschaft. Beide Begriffe gehören zum Wesen des Menschen. Markt und Wettbewerb einzuschränken würde bedeuten, den Menschen in seinem individuellen Bestreben zu bevormunden, deshalb ist Markt und Wettbewerb auch unerlässliche Voraussetzung für „Freiheit“.

Wer den Wettbewerb befürwortet, und folglich auch Vertragsfreiheit, Selbstbestimmung etc. fordert, muss auch Ungleichheit in Kauf nehmen. Dies ist kein Problem, solange die Ungleichgewichte nicht aus dem Ruder laufen. Hier legte Bauer die Finger in die Wunde. Es ist nicht einsehbar, dass der Staat durch seine Steuerpolitik es zulässt, dass ein Manager oder ein Fußballspieler das 200 oder 300-fache eines Normalbürgers erhält und dass dies als Personalaufwand steuerlich voll abzugsfähig ist. Wie in anderen Bereichen muss hier zugunsten des Fiskus, und damit der Steuerzahler, eine Deckelung eingeführt werden.

Bauer verwies auch auf die geänderten Berufsstrukturen. Während noch vor 30 Jahren 75 % der Bürger in fester Anstellung waren, so sind heute 70 % im Dienstleistungsbereich freiberuflich, selbständig oder in kurzfristigen Projekten tätig. Dies kann langfristig zu einer prekären Lage vieler Bürger führen, denn Selbständige sind für ihre Altersvorsorge selbst verantwortlich. In Krisenzeiten, wie jetzt in der Coronakrise, sparen viele Selbständige, weil sie das Geld dafür nicht haben.

Zusätzlich verlangt eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, dass Bürger, die aus welchen Gründen auch immer, in wirtschaftliche Not geraten sind, ein Auffangnetz haben. Bauer verweist in diesem Zusammenhang auf das von der FDP geforderte Bürgergeld als ein Konzept einer bedarfsabhängigen negativen Einkommensteuer zur sozialen Sicherheit. Es ist ein sozialpolitisches Finanztransferkonzept, nach dem jeder Bürger bei Bedürftigkeit eine gesetzlich festgelegte finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Damit entfallen die kleinteiligen und hochbürokratischen Sozialleistungen (ALG II, Kosten der Unterkunft, Kinderzuschlag, Wohngeld usw.) Mit dem Bürgergeld würde in Deutschland alles in einer Leistung zusammengefasst.

Die FDP wird mit dem Begriff „neoliberal“ zu sein diskreditiert, obwohl es diesen Begriff gar nicht geben kann, denn neoliberal wäre eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ohne Regelungen. Es geht bei der liberalen sozialen Marktwirtschaft darum, ordnungspolitisch mit wenigen aber klaren Regeln die Menschen selbst bestimmen zu lassen. Klare Regeln führen zu Akzeptanz, Transparenz, Bürokratieabbau und der persönlichen Freiheit des Einzelnen.

Liberale Marktwirtschaft hat auch mit Kapitalismus nichts zu tun. Leider überwiegen seit einigen Jahrzehnten global nicht mehr Handels- Dienstleistungs- und Warenströme die Wirtschaft, sondern die spekulativen Finanzströme bestimmen wo und in welchen Segmenten investiert wird. Die global zu beobachtenden besorgniserregenden Kumulationen von riesigen Vermögen in immer weniger Händen könnte zu einer globalen Bedrohung werden.

Denn starke nicht nachvollziehbare und als ungerecht empfundene Ungleichheit zerstört das Fundament des Wohlstandes. Wenn die Balance zwischen politischer Sicherheit, wirtschaftlicher Teilhabe und persönlicher Freiheit aus dem Gleichgewicht gerät, dann kann dies unsere offene, pluralistische, demokratische Gesellschaft zerstören.

Deshalb wird von Seiten der FDP der Aufbau eines Fonds gefordert. Aus großen Einkommen und/oder Vermögen sollte ein kleiner Prozentsatz pro Jahr an diesen Fonds abgegeben werden.

Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik bleiben Markt und Wettbewerb. Der Staat schafft die Bedingungen für die reale Freiheitsausübung, nämlich soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Bauers Schlussworte

„Ziel einer liberalen sozialen Marktwirtschaft sind es, die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen“